

Berliner Nachrichten

September 2007



Renate Gradistanac MdB, Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion
Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Mitglied im Ausschuss für Tourismus

Inhalt

Ausgeglichener Haushalt in Sicht	2
Neuer Rahmen für Kapitalbeteiligungen	4
Gewalt gegen Frauen bekämpfen	5
Geld aus Berlin für neue Kita-Plätze	7
Protest gegen Nagoldtalbahn-Ausbaustopp	8
Straßenbau: Ein guter Tag für die Region	8
Verkehrswegeplan auf den Kopf gestellt	9
Soviel Geld wie noch nie für den Straßenbau	10
Die Zeit der Macho-Sprüche ist vorbei	10
Potenziale der älteren Generation stärken	11
Kampf gegen Kinderarmut als Schwerpunkt	11
Der Blindenhund reist künftig kostenlos mit	12
Kreuzfahrt- und Fährtourismus voranbringen	12
Gradistanac in der Fraktion wiedergewählt	12
Gerechtere Einstufung in Steuerklassen	13
Mehr Sorgfalt, Herr Landrat Köblitz	13
GmbH-Recht wird modernisiert	14
HIV, Tuberkulose und Malaria bekämpfen	14
Neuorganisation der Bundespolizei	14
Mehr „blaue Engel“ für Handys	15
Termine	15
Impressum	15
Berliner Nachrichten Aboschein	16

*Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,*

in den ersten beiden Sitzungswochen nach der Sommerpause haben wir im Parlament in erster Lesung über die Verlängerung des ISAF-Mandats in Afghanistan und die Reform der Pflegeversicherung debattiert. Außerdem wurde der Haushalt 2008 in den Bundestag eingebracht. Eines der zentralen Ziele sozialdemokratischer Politik ist der Stopp der Neuverschuldung. Wir wollen einem handlungsfähigen Staat neue Gestaltungsspielräume erschließen und haben gleichzeitig die Verantwortung für künftige Generationen im Blick.

Solidarische Grüße

Eure Renate



Ausgeglichener Haushalt in Sicht

Erläuterungen und Zahlen zum Bundeshaushalt 2008

Mit dem vom Bundesfinanzminister eingebrachten Etatentwurf zum Bundeshaushalt 2008 und dem Finanzplan des Bundes 2007 bis 2011 setzt die Große Koalition ihre erfolgreiche Haushalts- und Finanzpolitik fort. Ziel ist und bleibt ein möglichst rasch ausgeglichener Bundeshaushalt und anschließend der Einstieg in den Abbau des Schuldenberges. Eine stetige Konsolidierung mit Augenmaß bei gleichzeitiger Förderung von wirtschaftlichem Wachstum und Beschäftigung ist der schwierige aber richtige Weg, um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen.

Auch der Bundeshaushalt 2008 setzt die erfolgreiche Doppelstrategie fort: solide Haushaltspolitik, verbunden mit wirtschaftlichen Impulsen und mehr Zukunftsinvestitionen, vor allem in Bildung, Forschung und in die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Nur so werden wir, auch angesichts des demografischen Wandels, die Wachstumsbasis in unserem Land nachhaltig stärken und die humane und gerechte Gestaltung unserer Zukunft erreichen können.

Wichtige Zukunftsinvestitionen

- Wir setzen das 25-Milliarden-Euro-Impulsprogramm weiter fort.
- Wir erhöhen weiterhin die Mittel für Forschung und Entwicklung.
- Wir erhöhen das BAföG und finanzieren den Hochschulpakt 2020.
- Klimaschutzprogramme werden hochgefahren.
- Das Programm zum Ausbau der Krippenplätze startet.

Der Bundeshaushalt 2008 und der Finanzplan bis 2011 sind eine gute Grundlage für die nun anstehenden parlamentarischen Beratungen. Haushaltspolitik muss die ökonomischen und gesellschaftlichen Erfordernisse im Blick behalten, ansonsten ist sie letztlich zum Scheitern verurteilt. In diesem Geiste sollen auch die parlamentarischen Haushaltsberatungen geführt werden. Die Haushaltspolitiker der Regierungskoalition haben sich dabei das Ziel gesetzt, die von der Bundesregierung im Etatentwurf für 2008 beschlossene maximale Neuverschuldung des Bundes von 12,9 Milliarden Euro weiter zu verringern. Schon die 12,9 Milliarden Euro sind die niedrigste jährliche Neuverschuldung des Bundes seit fast 20 Jahren.

Eckdaten des Bundeshaushalts 2008

Mit dem Haushaltsentwurf 2008 wird die Neuverschuldung im Vergleich zum Soll 2007 um weitere 6,7 Milliarden Euro auf 12,9 Milliarden Euro gesenkt. Diesen Wert unterschritt sie zuletzt 1989. Die Kreditfinanzierungsquote des Bundeshaushalts erreicht mit 4,6 Prozent den niedrigsten Stand seit 1973. Spätestens 2011 soll die Neuverschuldung auf Null sinken. Schon 2008 werden wir voraussichtlich einen ausgeglichenen gesamtstaatlichen Haushalt (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen) erreichen können. Auch die Staatsausgabenquote sinkt weiter: Nach fast 50 Prozent im Jahr 1996 könnte sie nach Einschätzung der Haushaltspolitiker der Regierungskoalition in Kürze wieder den Stand vor der Deutschen Einheit mit rund 43 Prozent erreichen.

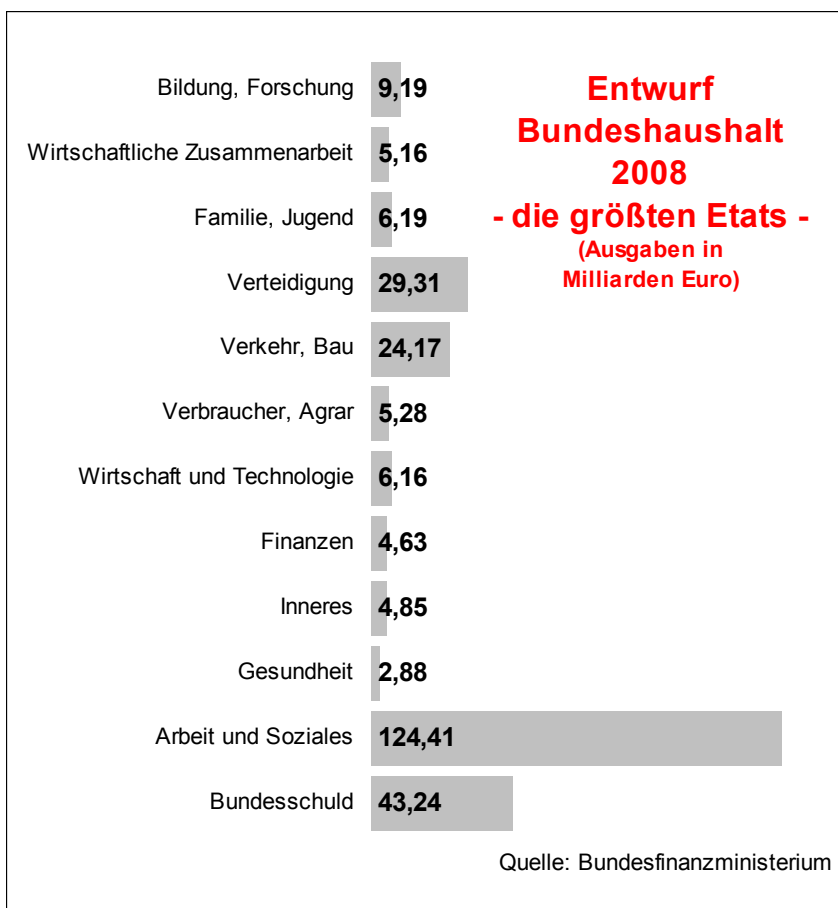
Fortsetzung nächste Seite

Finanzplan des Bundes 2007 bis 2011					
	Soll 2007	Entwurf 2008	Finanzplan		
			2009	2010	2011
Mrd. Euro					
Ausgaben	270,5	283,2	285,5	288,5	289,7
Veränderungen ggü. Vorjahr in Prozent	+ 3,6	+ 4,7	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,4
Einnahmen	270,5	283,2	285,5	288,5	289,7
Steuereinnahmen	220,5	237,1	247,9	252,6	260,3
Sonstige Einnahmen	30,4	33,2	27,1	30,0	29,4
Nettokreditaufnahme	19,6	12,9	10,5	6,0	-

Fortsetzung von der vorhergehenden Seite

Den größten Einzeletat hat beinahe unverändert das Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit 124,4 Milliarden Euro. Der zweitgrößte Etatposten ist die Bundesschuld mit 43,24 Milliarden Euro (2007: 40,49 Milliarden Euro). Es folgen das Bundesministerium der Verteidigung mit 29,31 Milliarden Euro (2007: 28,38 Milliarden Euro) und das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung mit 24,17

Milliarden Euro (2007: 24,6 Milliarden Euro). Stark erhöht werden sollen die Etats des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von 5,25 Milliarden Euro auf 6,19 Milliarden Euro im kommenden Jahr (+18 Prozent) und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das 2008 über 5,16 Milliarden Euro (2007: 4,49 Milliarden Euro) verfügen soll (+ 14,9 Prozent).



Ernte schmerzhafter Anstrengungen

Mit den Reformen der Agenda 2010 hat die frühere Bundesregierung unter Gerhard Schröder das Wirtschaftsmodell unserer Sozialen Marktwirtschaft an die ökonomischen und demografischen Herausforderungen angepasst. Die Agenda 2010 ist mehr als Hartz IV. Sie stützt den Mittelstand, stärkt die kommunale Ebene und setzte die Anfangsimpulse für einen Ausbau der Kinderbetreuung – auch ein standortpolitisches Thema, weil Deutschland eine höhere Erwerbstätigkeit von Frauen durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf braucht.

Die Große Koalition hat auf diesen Reformen aufbauend gleich zu Anfang der Legislaturperiode mit ihrem 25-Milliarden-Euro-Programm gezielte Wachstumsimpulse gesetzt. Wir fahren jetzt die

Ernte dieser auch schmerzhaften Anstrengungen ein – mit der für Strukturreformen üblichen zeitlichen Verzögerung.

Die Große Koalition hat den Anspruch, die Auswirkungen sich wandelnder Rahmenbedingungen nicht einfach zu erleiden, sondern die Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs, einer zukunftsbelastenden Staatsverschuldung oder der älter werdenden Gesellschaft anzunehmen. Wir sind nicht in der Opferrolle sich wandelnder Zeiten. Wir wollen notwendige Veränderungen mitgestalten und dabei wirtschaftlich-technische Dynamik als Grundlage unseres Wohlstands mit sozialer Teilhabe und Aufstiegsperspektive verbinden.

Fortsetzung nächste Seite

Einige Schwerpunkte des Haushalts 2008

Der Haushaltsentwurf 2008 und der Finanzplan bis 2011 setzen bei allen Konsolidierungserfordernissen wichtige Akzente für mehr wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt.

So leistet der Bund seinen Beitrag, bis zum Jahr 2010 das 3-Prozent-Ziel für Forschungs- und Entwicklungsausgaben zu erreichen. Hierzu sollen ab 2008 zusätzlich weitere 220 Millionen Euro jährlich zur Verfügung gestellt werden.

Zum 1. Januar dieses Jahres haben wir das Elterngeld eingeführt. Dies ist ein erster wesentlicher Beitrag, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und die Berufstätigkeit von Frauen zu fördern. Aber wir wollen mehr: Unser Ziel ist, dass bis zum Jahr 2013 Betreuungsmöglichkeiten für 35 Prozent der unter Dreijährigen bereitstehen. Damit bekommen gerade Kinder aus sozial schwachen Familien die Chance auf eine frühkindliche Betreuung und damit auf bessere Bildungschancen.

Der Bund hat deshalb schon früh angeboten, sich mit 4 Milliarden Euro an den Gesamtkosten des notwendigen Ausbaus zu beteiligen. Auch wenn die Verhandlungen mit den Ländern schwierig waren, ist die jetzt gefundene Verständigung

(Aufteilung 4 Milliarden Euro bis 2013: 2,15 Milliarden Euro für Investitionen; 1,85 Milliarden Bundesmittel für Betriebskosten 2009-2013; Koppelung an Rechtsanspruch ab 2013) ein weiteres eindrucksvolles Beispiel für unsere gestaltende Finanzpolitik. Viele Kinder und Eltern werden davon profitieren können. Für die Einrichtung eines Sondervermögens zum Ausbau der Kinderbetreuung im laufenden Jahr brauchen wir einen Nachtragshaushalt. Der Nachtragshaushalt wird im Herbst vorgelegt.

Im zentralen Zukunftsbereich Bildung werden wir die Bedingungen der Studierenden durch eine deutliche Anhebung bei den BAföG-Sätzen verbessern. Der vorliegende Haushaltsentwurf sieht hierfür bereits Mehrausgaben vor. Diese Erhöhung ist gerade vor dem Hintergrund der Einführung von Studiengebühren in vielen Ländern wichtig. Wir hoffen, damit verhindern zu können, dass immer weniger Jugendliche aus einkommensschwächeren Familien studieren. Wir brauchen sie alle! Die Akademikerquote in Deutschland ist nicht zu hoch. Sie ist zu niedrig!

Finanzielle Spielräume im Haushalt sollen nicht zuletzt zur langfristigen Reduzierung der CO₂-Emissionen genutzt werden. Denn auch der Klimaschutz ist Zukunftspolitik.



Zeitgemäße Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen

Die Bereitstellung von privatem Wagniskapital für junge und mittelständische Unternehmen soll mit dem Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen erleichtert werden. Das Gesetz soll am 1. Januar 2008 in Kraft treten.

Junge und mittelständische Unternehmen spielen eine wichtige Rolle für die deutsche Volkswirtschaft, da sie das Innovations- und Wachstumspotenzial der Volkswirtschaft erhöhen und ein hohes Beschäftigungsniveau fördern. Für junge Unternehmen spielt privates Beteiligungskapital mangels anderer Finanzierungsmöglichkeiten eine wichtige Rolle. Gerade diese Unternehmen haben allerdings häufig Probleme bei der Kapitalbeschaffung.

Im Bereich der Wagniskapitalfinanzierung ist in Deutschland bislang noch ein gewisses Marktversagen feststellbar. Mit dem Gesetz soll eine gezielte steuerliche Förderung für die lokale Ansiedlung von Wagniskapitalfonds vorgenommen werden. Diese Förderung soll auf einen genau definierten Kreis förderungswürdiger Unternehmen eingegrenzt werden.

Unternehmensgegenstand soll dabei der Erwerb, das Halten, die Verwaltung und die Veräußerung von Wagniskapitalbeteiligungen sein. Das Mindestkapital soll auf eine Million Euro festgelegt werden, binnen zwölf Monaten nach der Anerkennung soll es vollständig gezahlt werden. Die steuerliche Förderung solcher Gesellschaften ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie sich auf die Finanzierung junger Unternehmen beschränken.

Aufklären, beraten, helfen

Gewalt gegen Frauen muss konsequent weiter bekämpft werden

Bestandssicherung der Frauenhäuser, zusätzliche Hilfen für ältere Frauen und von Zwangsverheiratung bedrohte minderjährige Mädchen sowie Aufklärung über das neue Stalkinggesetz – in einem Antrag appelliere ich an Bund, Länder und Kommunen, Gewalt gegen Frauen konsequent weiterzubekämpfen.

In der SPD-Bundestagsfraktion ist dieser von mir vorgestellte Antrag „Häusliche Gewalt gegen Frauen weiter bekämpfen“ auf große Zustimmung gestoßen. Als stellvertretende frauenpolitische Sprecherin und zuständige Berichterstatterin fordere ich darin eine Fortschreibung des 1999 aufgelegten Aktionsplans zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.

Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen endet nicht dem Gewaltschutz- oder dem Stalkinggesetz. Der Bekämpfung von häuslicher Gewalt gegen Frauen liegt das Prinzip einer Verbesserung des zivilgerichtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen zugrunde. Wir haben mit dem 1999 von Rot/Grün aufgelegten Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und dem Gewaltschutzgesetz als Schwerpunkt erstmals ein Gesamtkonzept für eine wirkungsvolle und nachhaltige Bekämpfung geschaffen.



Wir haben viel erreicht

Eine Auswertung zeigt, dass betroffene Frauen die ihnen mit dem Gesetz in die Hand gegebenen Instrumentarien weitgehend nutzen und die Gerichte sie weitgehend anwenden. Weitere Verbesserungen werden geprüft. Für einen effektiven Gewaltschutz bedarf es der intensiven Kooperation aller



Fotografischer Beitrag zu der vom Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (BFF) initiierten Kampagne „Standpunkte 2007 – Für das gewaltfreie Leben von Frauen“.

staatlichen und nichtstaatlichen Akteurinnen und Akteure auf nationaler und internationaler Ebene mit dem Ziel, ein Klima zu schaffen, in dem Gewalt gegen Frauen konsequent geächtet und verfolgt wird.

Seit 2004 liegt die erste repräsentative Studie über die Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland und damit über das tatsächliche Ausmaß von Gewalt vor. 40 Prozent der befragten Frauen haben seit dem 16. Lebensjahr körperliche oder seelische Gewalt oder beides erlebt, 58 Prozent diverse Formen von sexueller Belästigung, 42 Prozent psychische Gewalt (systematische Abwertung, Demütigung, Ausgrenzung, Verleumdung usw.)

Mit dem zum 31. März 2007 in Kraft getretenen Gesetz zur Strafbarkeit beharrlicher Nachstellungen (Stalking), das Opfer von Nachstellungen besser schützt, haben wir Gesetzeslücken geschlossen und ein Signal für einen effektiven Opferschutz gesetzt.

Viel bleibt zu tun

Indessen sind von häuslicher Gewalt auch ältere, pflegebedürftige Menschen betroffen – in der Mehrheit Frauen. Voraussichtlich zum Jahresende wird eine vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegebene Studie zu Kriminalität und Gewalt im Leben alter Menschen abgeschlossen. Veröffentlichte

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorhergehenden Seite

Zwischenergebnisse lassen darauf schließen, dass älteren Menschen über den Einzelfall hinaus zu Hause und in der Pflege Gewalt ausgesetzt sind und ältere Frauen Opfer sexueller Gewalt werden. Über Gewalterfahrungen von Frauen mit Behinderungen fehlen ebenfalls gesicherte Daten. Der Literatur zufolge finden sich jedoch Hinweise, dass Frauen mit Behinderungen sowie chronisch kranke Frauen besonders dann, wenn sie auf Pflegekräfte angewiesen sind, ein erhöhtes Risiko tragen, geschlagen oder sexuell belästigt zu werden.

Eine Befragung im Rahmen der oben erwähnten Studie des Ministeriums hat ergeben, dass Migrantinnen noch häufiger Gewalt ausgesetzt sind und dabei öfter verletzt werden als deutsche Frauen. Erwiesen ist, dass Frauenhäuser für Migrantinnen sehr wichtig sind; sie nehmen sie stärker in Anspruch als alle anderen Hilfsangebote.

Das seit Anfang 2005 geltende Zuwanderungsgesetz stellt erstmals gesetzlich klar, dass Opfer geschlechtsspezifischer und nichtstaatlicher Verfolgung – und das sind überwiegend Frauen – als Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt werden. Die Parlamentarische Versammlung des Europarats hat sich für die Bekämpfung der häuslichen Gewalt gegen Frauen ausgesprochen und dazu eine bis 2008 währende Kampagne gestartet.

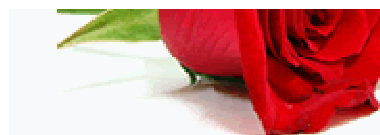
Auch die Fortführung des Antigewalt-Programms Daphne der Europäischen Union kann einen wesentlichen Beitrag zur Gewaltbekämpfung leisten. Von 2007 bis 2013 steht dafür ein Etat von 116,95 Millionen Euro zur Verfügung.

Unsere Forderungen:

In dem von mir ausgearbeiteten und von der SPD-Bundestagsfraktion verabschiedeten Antrag wird die Bundesregierung zum Handeln aufgefordert:

- Der Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen muss unter Einbeziehung der empirischen Erhebung fortgeschrieben werden.
- Wir brauchen Unterstützung für eine aufklärende und breite Informationspolitik. Wir brauchen hierzu die Multiplikatoren aus der Sozialarbeit und von Bildungseinrichtungen, auch Polizei und Justiz müssen mit einbezogen werden.

- Sobald die Daten über die Nutzung des Gewaltschutzgesetzes ausgewertet sind, brauchen wir einen Bericht über mögliche weitere Verbesserungen.
- Die Bundesregierung muss bei den Ländern erreichen, dass das Stalkinggesetz in der Praxis auch angewandt wird. Wir brauchen bei Polizei und Staatsanwaltschaften Sonderdezernate für Stalkingfälle, die mit den Frauenhäusern und Beratungsstellen kooperieren.
- Wir brauchen Studien über Gewalt gegen ältere Menschen, besonders Frauen, und Menschen mit Behinderungen sowie Gewalt bei Pflegebedürftigen.
- Die Bundesregierung muss erreichen, dass Frauenhäuser in den Bundesländern erhalten bleiben und zusätzlich Angebote für von Zwangshei bedrohte minderjährige Mädchen geschaffen werden.
- Das Hilfesystem muss auch auf die Bedürfnisse älterer Frauen abgestimmt werden, sie brauchen spezielle Angebote – die Bundesregierung muss die Länder dabei unterstützen.
- Die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegebene Studie zur Kriminalität und Gewalt im Leben älterer Menschen ist zügig auszuwerten, die Schlussfolgerungen sind dem zügig vorzustellen.
- Wir brauchen statistische Daten über Gewalt gegen Migrantinnen; das Thema muss in der Aus- und Fortbildung von JuristInnen, ÄrztInnen und bei der Polizei stärker berücksichtigt werden.
- Betroffenen Migrantinnen muss mit niedrigschwelliger, zugehender und anonymer Beratung geholfen werden. Wir brauchen eine mehrsprachige Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.
- Die Bundesregierung muss erreichen, dass die Länder die gezielt aufsuchende Beratung ausbauen.
- Wir brauchen eine Informationspolitik, die die Migrantengruppen mit einbezieht und männliche Familienmitglieder gezielt anspricht.



•



Geld aus Berlin für neue Kita-Plätze

Ab 2008 überweist der Bund 296 Millionen Euro an das Land / Pressemitteilung 05.09.07

296 Millionen Euro für den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen überweist der Bund dem Land Baden-Württemberg bis 2013. Familienpolitikerin Renate Gradistanac (SPD) lobt den Bundesfinanzminister: „Steinbrück drückt aufs Tempo - 2008 kann es bei uns im Schwarzwald mit dem Ausbau losgehen.“

Die Betreuung von Unterdreijährigen ist in ländlichen Gebieten deutlich unterdurchschnittlich: Laut der jährlichen vom Deutschen Jugendinstitut und der Universität Dortmund erhobenen Analyse liegt die Versorgungsquote im Kreis Freudenstadt derzeit bei vier Prozent, im Kreis Calw bei 5,6. Zum Vergleich: Der Schnitt im Regierungsbezirk Karlsruhe beträgt 9,9 Prozent, in Baden-Württemberg 8,8 und in den West-Bundesländern 9,6 Prozent.

Bis 2013 will die Bundesregierung die Zahl der Betreuungsplätze bundesweit verdreifachen (auf 750.000), eine Betreuungsquote von 35 Prozent erreichen und damit etwa ein Drittel der Unterdreijährigen versorgen, 30 Prozent davon in der Tagespflege. Von 2008 bis 2013 stellt der Bund dafür vier Milliarden Euro zur Verfügung. Gut die Hälfte des Betrags können als Baukosten

investiert werden. Die Kommunen sollen neue Kindertagesstätten bauen, Kindergärten renovieren und bestehende Einrichtungen nach Bedarf umbauen.

Darüber hinaus beteiligt sich der Bund auch an den Betriebskosten von Kitas. Rund 1,85 Milliarden Euro fließen aus dem Bundeshaushalt bis 2013 in die Kassen der Länder, danach jährlich 770 Millionen Euro. Renate Gradistanac: „Für diese deutliche Unterstützung der Kommunen hat sich die SPD eingesetzt. Bessere Betreuungsangebote bedeuten höhere Bildungschancen für unsere Kinder. Gerade im ländlichen Raum brauchen wir eine funktionierende Infrastruktur, damit Eltern Familie und Beruf vereinbaren können.“

Damit Eltern die Sicherheit haben, einen Betreuungsplatz für ihr Kind zu bekommen, haben Bund und Länder sich auf Druck der SPD auch auf die Einführung eines Rechtsanspruchs verständigt. Vom Kindergartenjahr 2013/14 an hat jedes Kind ab vollendetem erstem Lebensjahr das Recht auf eine Betreuung in einer Kita oder bei Tageseltern. „Erst ein Rechtsanspruch gibt den Eltern die Garantie, dass das Betreuungsangebot konsequent ausgebaut wird“, sagt Gradistanac.

„Das lassen wir uns nicht gefallen“

Protestbrief an Mehdorn gegen Stopp der Kulturbahn im Nagoldtal / Pressemitteilung 26.09.07



Protestnote ans Bundesverkehrsministerium wegen des Baustopps bei der Kulturbahn - Renate Gradistanac überreichte der Parlamentarischen Staatssekretärin Karin Roth (SPD) bei einem Termin in Horb ein Schreiben.

Von „kalter Streckenstilllegung“ im Nagoldtal und davon, dass die Bahn den ländlichen Raum „ausbluten“ lasse, schreibt die stellvertretende tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Renate Gradistanac in ihrem Protestbrief an Bahn-Chef Mehdorn. Einen solchen Protestbrief überreichte Gradistanac auch bei einem Termin in Horb der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium, Karin Roth (SPD). Außerdem schaltet Gradistanac in dieser Angelegenheit Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee und Innenminister Heribert Rech ein.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete reagiert empört auf die Ankündigung der Bahn-Tochter DB-Netz, die laufenden Bauarbeiten an der „Kulturbahn“ im Nagoldtal zu stoppen und die Realisierung in den Zeitraum 2010 bis 2014 zu verschieben. „Meine Befürchtungen bestätigen sich - ich habe früh vor einer Unternehmenspolitik zu Lasten des Nahverkehrs und von einem Ausverkauf des ländlichen Raums gewarnt.“

Darum, so Gradistanac weiter, habe sie vorige Woche in der SPD-Bundestagsfraktion gegen die Einbringung des Gesetzes zur Teilprivatisierung der Bahn gestimmt und bereits im November 2006 im Deutschen Bundestag einen Entschließungsantrag zur Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG abgelehnt.

„Die Bahn serviert den Kreis Calw einfach ab“, schreibt die Abgeordnete in einer Pressemitteilung. „Herr Mehdorn investiert lieber in Prestigeobjekte wie Stuttgart 21. Im ländlichen Raum werden Bahnhöfe verkauft und Strecken auf kaltem Weg stillgelegt. Gleichzeitig investiert das Land Baden-Württemberg die vom Bund zugewiesenen Regionalisierungsmittel nicht in vollem Umfang in den Nahverkehr. So blutet der ländliche Raum aus. Aber das lassen wir uns hier nicht gefallen. Die Ausbauarbeiten müssen weitergehen - dafür werde ich kämpfen.“

Straßenbau: Ein guter Tag für die Region

Karin Roth: Eine Maut-Brücke für Horb rechnet sich nicht / Pressemitteilung 24.09.07

Horb, Kreis Freudenstadt. Eine Maut-Brücke wird es in Horb am Neckar nicht geben - ein solch etwa zwölf Millionen teures, teilweise privat zu finanzierendes Projekt würde sich nicht rechnen. Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium, Karin Roth, und die Bundestagsabgeordnete Renate Gradistanac (beide SPD) gaben dies gestern bei einem Termin im Rathaus in Horb bekannt.

In einer Machbarkeitsstudie hatten die Fachbehörden von Bund und Land den Bau einer teilweise privat zu finanzierenden Brücke nach dem so genannten F-Modell untersucht. Zur Refinanzierung hätte für die Benutzung der Brücke eine Maut erhoben werden müssen.

Staatssekretärin Roth forderte das Land Baden-Württemberg auf, nun mit der Planung für eine Brücke zu beginnen. Das Planfeststellungsverfahren erwarte sie für 2009. Gleichzeitig stelle der Bund sicher, dass das Geld für den Brückenbau bereitstehe. „Wir brauchen hier die große Lösung“, sagte Karin Roth, weshalb das Land gleichzeitig aufgefordert sei, in Horb die Pläne für die Bürgertrasse und die Brücke voranzutreiben.

Renate Gradistanac: „Ich freue mich sehr, dass diese Klarstellung erreicht ist. Das ist ein großer Tag für Horb und die gesamte Region Nordschwarzwald. Nun kann sofort mit den Planungen begonnen werden.“

„Verkehrswegeplan auf den Kopf gestellt“

Brief an Rech: Das Land betreibt kaltschnäuzige Falschspielerei / Pressemitteilung 06.09.07

„Kaltschnäuzige Falschspielerei“ wirft die SPD-Bundestagsabgeordnete Renate Gradistanac der Landesregierung in der Verkehrspolitik vor. In einem Brief an Innen- und Verkehrsminister Heribert Rech fordert sie das Land auf, die Horber Brücke und Schopflochs Ortsumgehung wie verabredet bis 2010 zu bauen.

„Der Investitionsrahmenplan (IRP) 2006-2010 gilt und ist einzuhalten“, schreibt Gradistanac, „die Brücke Horb und die Umfahrung Schopfloch sind im laufenden IRP zu bauen, die Tunnels in Freudenstadt und Calw im folgenden IRP.“

Damit reagiert Renate Gradistanac auf die vom Staatsministerium in Stuttgart vorgelegte Prioritätenliste zum Bau von Straßenbauprojekten im Land. „Es ist in der Bevölkerung nicht mehr zu vermitteln, wie die Brücke in Horb einerseits im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans und im laufenden IRP stehen kann und gleichzeitig in der Prioritätenliste des Landes nur der Dringlichkeitsgruppe drei (angenommene Finanzierung zwischen 2016 und 2025) zugeordnet ist.“

Man sei versucht, von „kafkaesken Konstellationen und Strukturen“ zu sprechen. Die Ministerialbürokratie stelle den Bundesverkehrswegeplan auf den Kopf, begründe seitenlang Sachzwänge, fege jegliche Verantwortung hinfort und weise die Schuld der nächst höheren Instanz - dem Bund - zu. „So kann es munter jahrzehntelang weitergehen. Wozu ein Fünf-Jahres-Plan, wenn in 15 Jahren nichts gebaut wird? Ich bin das Possenspiel leid.“

Seit ihrer Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag, so Gradistanac weiter, registriere sie eine „unheilvolle Rivalität“ zwischen den Verkehrsministerien von Bund und Land. Auch seit der Übernahme der Amtsgeschäfte durch Minister Heribert Rech in Stuttgart habe sich daran nichts geändert. „Dies wäre dringend nötig“, schreibt die Abgeordnete an den Minister.

„Die Politik braucht Leute, die klare Aussagen treffen und sich nicht hinter undurchschaubaren Priorisierungslisten verstecken.“

Wenn der OB von Horb seinen Rücktritt anbiete und der Bürgermeister der Stadt Freudenstadt in einem Brief an Minister Rech von Frustration und Anflüge von Resignation schreibe, spreche dies für sich. Besonders groß sei die Enttäuschung in Freudenstadt - noch bei einem Vorort-Termin im Juli des Jahres hätten Vertreter der Landesregierung den Eindruck erweckt, dass Freudenstadt auf einen möglichst nahtlosen Bau von Stuttgarter Straße und Tunnel hoffen dürfe.

„Es gibt kaum ein anderes politisches Feld wie den Straßenbau, auf dem die Landesregierung mit den Hoffnungen und Wünschen der Bevölkerung so kaltschnäuzig und falsch spielt“, hält Gradistanac Minister Rech vor und nennt als Beispiel den Calwer Tunnel:

Kurz vor der Bundestagswahl 2005 habe das Land mit „scheinbar generöser Geste“ der Stadt Calw eine Vorfinanzierung der Tunnelplanung zu Lasten der Stadtkasse freigestellt. „Die positive öffentliche Wirkung bis zum Wahltermin wurde gerne einkalkuliert. Zwei Jahre später teilt das Land per Prioritätenliste mehr oder minder deutlich mit, dass mit einem Calwer Tunnel vor 2025 kaum zu rechnen sein werde.“

Abschließend fordert die Abgeordnete den Minister nochmals auf, die Projekte Horb und Schopfloch bis 2010 zu realisieren. „Wie Ihnen bekannt ist, wurde die Region jahrzehntelang vernachlässigt.“ Davon zeugten nicht nur die weiteren in der Prioritätenliste vermerkten „offenen Baustellen“, wie die Ortsumfahrung Loßburg, die Verlegungen der B 462 in Baiersbronn und Schwarzenberg sowie Ausbau des B 28 neu-Abschnitts Rauher Stich bei Horb.

„Soviel Geld wie noch nie für den Straßenbau“

Verschleiern, verfälschen, blockieren: Die Politik der Landes-CDU / Pressemitteilung 11.09.07

„Am Geld liegt es nicht - die Brücke wird politisch nicht gewollt“, sagt Renate Gradistanac. Die SPD-Bundestagsabgeordnete verstärkt ihre Kritik am Land und sagt an die Adresse des CDU-Innenministers: „Der schwarze Filz schluckt Horb.“

„Mit großer Verärgerung“, so Renate Gradistanac, habe sie die Antwort von Minister Heribert Rech zur Kenntnis genommen, wonach Horb keine Brücke bekomme, weil der Bund zuwenig Geld an das Land überweise.

Richtig sei indes, dass in dem noch von der Kohl-Regierung verantworteten Bundesverkehrswegeplan von 1992 rund 50 Milliarden Euro gefehlt hätten. Richtig sei, dass 1998 die rot-grüne Regierung ein Investitionsprogramm auflegt und mit dem Verkehrswegeplan 2003 dem Land Baden-Württemberg 6,159 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt habe. Dabei sei die

Zuteilungsquote an das Land von 11,3 auf 12 Prozent erhöht worden.

Der vom Bund vorgelegte Investitionsrahmenplan für die Jahre 2006 bis 2010 sei mit dem Land abgestimmt worden. Darin teile der Bund dem Land Baden-Württemberg 3,047 Milliarden Euro zu. „So viel Geld zu wie noch nie. Damit wird deutlich, dass die Geldfrage vorgeschoben ist“, so Gradistanac. „Ich bleibe dabei: Mit einer durchsichtigen Taktik wird versucht, die Brücke bis 2015 auszusetzen und im nächsten Verkehrswegeplan den CDU-Traum von der Gäutrasse zu verwirklichen.“

Gradistanac weiter: „Es wird Zeit, dass die CDU endlich in Land und auch vor Ort mit ihren Lippenbekenntnissen aufhört und geschlossen hinter den beschlossenen Straßenbauprojekten im Landkreis Freudenstadt steht. Der Nordschwarzwald ist lange genug vernachlässigt worden. Schluss mit verschleiern, verfälschen, blockieren!“



„Die Zeit der Machosprüche ist vorbei“

Herr Minister, halten Sie sich bitte an geltende Gesetze / Pressemitteilung 17.09.07

Die SPD-Bundestagsabgeordnete weist die Belehrungsversuche des Ministers und dessen Schuldzuweisung, wonach der Bund für Straßenbauprojekte in Baden-Württemberg zu wenig Geld überwiesen habe, zurück.

„Ich bin stolz darauf, was ich mit Unterstützung der gesamten Region unter Rot/Grün im Bundesverkehrswegeplan geleistet habe. Dieser

Verkehrswegeplan ist Gesetz und gilt bis 2015.“ Stolz sei sie, dass es gelungen sei, die Horber Brücke in den Fünf-Jahres-Plan zu bekommen – „als politische Entscheidung mit hoher

Signalwirkung“: „Wir arbeiten nicht bloß planfestgestellte Baustellen ab, wir ziehen Straßenbauprojekte in seit Jahrzehnten vernachlässigten Regionen vor“, schreibt die Abgeordnete. Der Bundesverkehrswegeplan wie auch der Fünf-Jahresplan seien jeweils mit dem Land abgestimmt worden. Gradistanac: „Kein Mensch versteht dieses Possenspiel, das das Land veranstaltet.“ Des Ministers Versuch einer persönlichen Zurechtweisung kontert Gradistanac kühl: Die Zeit der Machosprüche, als die Männer den Frauen sagten, wo es lang geht, ist vorbei. Ich dachte, das sei inzwischen auch bei der CDU angekommen.“



Potenziale der älteren Generation stärken

Der Bundestag hat die Beschlussempfehlung und den Bericht des Ausschusses zur Unterrichtung durch die Bundesregierung „Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft – Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen“ angenommen.

1994 hat der Bundestag festgelegt, dass in jeder Legislaturperiode ein Altenbericht von der Bundesregierung vorzulegen ist. Die zentralen Themen des Fünften Altenberichts sind Erwerbsarbeit, Bildung, Einkommenslage im Alter, Chancen der Seniorenwirtschaft (Herstellung seniorentauglicher Produkte), familiäre und private Netzwerke, Engagement und Teilhabe sowie die Situation älterer Migrantinnen und Migranten. Der Bundestag begrüßt unter anderem das zentrale Anliegen des Berichts, die Gesellschaft zu einem positiven Umdenken

hinsichtlich des Altersbildes zu bewegen. Außerdem würdigt das Parlament die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung zur Verbesserung der Integration älterer arbeitsloser Menschen in den Arbeitsmarkt, insbesondere die „Initiative 50plus“ sowie die Aspekte des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, die dem Abbau von Altersdiskriminierung dienen.

Des Weiteren wurde die Bundesregierung unter anderem aufgefordert auf Grundlage des Verbraucherschutzgesetzes einen „Masterplan Seniorenwirtschaft“ zu erarbeiten, sich verstärkt mit den besonderen Bedürfnissen älterer Migrantinnen und Migranten auseinander zu setzen sowie zur Stärkung der häuslichen Pflege auf Länder und Kommunen einzuwirken, damit flächendeckend neue Wohnformen im Alter gefördert werden.

Gradistanac: Kinderarmut als Schwerpunkt / Pressemitteilung vom 19.09.07

Die SPD-Bundestagsfraktion wählte die Abgeordnete einstimmig zur stellvertretenden familienpolitischen Sprecherin

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Renate Gradistanac ist in der Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion als stellvertretende familienpolitische Sprecherin wiedergewählt

worden. Schwerpunkte ihrer Arbeit in den kommenden zwei Jahren werden die Kinderarmut in Deutschland sein und die Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung, heißt es in einer Pressemitteilung.

Der Blindenhund reist künftig kostenlos mit

Pressemitteilung vom 19.09.07

Menschen mit Behinderungen haben seit Juli auch im Flugzeug alle Rechte. Eine neue Verordnung verbietet es Fluggesellschaften, Behinderte als Passagiere abzulehnen. Renate Gradistanac: „Es ist beschämend, dass wir dafür eine gesetzliche Regelung brauchen.“

Die SPD-Bundestagsabgeordnete ist als stellvertretende tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für barrierefreies Reisen zuständig. Von Juli 2008 an bekommen Menschen mit Behinderungen weitere einklagbare Rechte zuerkannt. Auf Flughäfen haben sie Anspruch auf eine qualitativ anspruchsvolle Hilfe von dem Moment ihres Eintreffens am Flughafen.

Gradistanac: „Wenn es gewünscht wird, begleitet eine Person den Passagier bis zum Sitzplatz, es gibt den Anspruch auf Hilfe während des Flugs sowie Hilfe für die Wegstrecke zum Terminal oder beim Umsteigen bis zum Platz im anderen Flugzeug.“

Künftig wird es auch keine zeitraubenden Debatten mehr über die Frage geben, ob an Bord Platz ist für einen Rollstuhl oder ob die Mitnahme eines Blindenhundes gestattet ist und falls ja, wie viel das extra kostet? Von Juli 2008 an reist der Blindenhund umsonst mit, und auch für den Rollstuhl muss ohne Aufschlag ein Platz gefunden werden.

Renate Gradistanac ermuntert Menschen mit Behinderungen, hartnäckig auf ihre Rechte zu pochen. Sollten sich nach Inkrafttreten der zweiten Verordnung im Juli 2008 etwaige Probleme nicht mit der jeweiligen Fluggesellschaft klären lassen, nimmt die beim Regierungspräsidium Karlsruhe angesiedelte zivile Luftfahrtbehörde Beschwerden entgegen.

Wie der Kreuzfahrt- und Fährtourismus vorangebracht werden soll

Der Antrag der Koalitionsfraktionen „Kreuzfahrttourismus und Fährtourismus in Deutschland voranbringen“ wurde im Bundestag beraten.

In ihrem Antrag richten CDU/CSU und SPD 19 Forderungen an die Bundesregierung, um den Kreuzfahrt- und Fährtourismus in Deutschland zu stärken. Kaum eine andere Tourismusbranche ist in jüngster Zeit mit einer solchen Geschwindigkeit gewachsen wie der Kreuzfahrttourismus. Im vergangenen Jahr ist in Deutschland ein Umsatz von mehr als 1,36 Milliarden Euro mit Hochseekreuzfahrten erzielt worden. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Steigerung um 11,2 Prozent. Die Zahl der Passagiere hat im vergangenen Jahr über 705.000 erreicht, was ein Plus von 10,3 Prozent im Vergleich zu 2005 bedeutet. Bei den Flusskreuzfahrten verläuft die Entwicklung ähnlich positiv. In dem Antrag wird die Regierung unter anderem aufgefordert,

die Anbindung der Häfen sowohl von der Land- als auch von der Seeseite zu verbessern und mit deutschen Reedereien und Kreuzfahrtveranstaltern darüber zu verhandeln, wie sich der Anteil der Kreuzfahrtschiffe unter deutscher Flagge erhöhen lässt. Die Deutsche Zentrale für Tourismus soll Deutschland noch intensiver als Ziel von Hochsee- und Flusskreuzfahrten vermarkten. Im Übrigen soll die Regierung prüfen, ob auf EU-Ebene im Fährverkehr und bei Kreuzfahrten zwischen europäischen Häfen ein einheitliches und einfaches Verfahren für die Zuordnung der Verbrauchs- und Mehrwertsteuern bei Verkäufen an Bord geschaffen werden kann.

Mit der Deutschen Bahn soll die Regierung über eine bessere Anbindung der Kreuzfahrtterminals an das Netz der Bahn verhandeln. Die Bahnhöfe in der Nähe dieser Terminals müssen nach Ansicht der Koalitionsfraktionen für ausländische Touristen attraktiver gestaltet werden.

Gradistanac als Tourismuspolitikerin wiedergewählt

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Renate Gradistanac ist in der Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion auch als stellvertretende tourismuspolitische Sprecherin einstimmig wiedergewählt worden. Arbeitsschwerpunkte in den kommenden zwei Jahren werden die für den

Schwarzwald wichtige Sparte Gesundheitstourismus sein, das Thema „Tourismus für alle“ sowie die Herausforderungen für die Tourismuswirtschaft angesichts des demographischen Wandels, also der Alterung der Gesellschaft.



Statt der Steuerklassen III und V eine gerechtere Einstufung

Statt der Steuerklassen III und V sollen berufstätige Eheleute künftig eine gerechtere Aufteilung der Lohnsteuerbelastung wählen können. Außerdem soll ab 2011 die Papier-Lohnsteuerkarte wegfallen. Das sind die zwei wichtigsten Änderungen des Regierungsentwurfes eines Jahressteuergesetzes 2008.

Mit dem neuen Verfahren erhalten Ehepaare ab 2009 die Möglichkeit, die Lohnsteuer anteilmäßig zu verteilen. Wer zum Beispiel 20 Prozent des gemeinsamen Einkommens verdient, führt dann auch 20 Prozent der gemeinsamen Lohnsteuer ab. Dem Geringerverdienenden verbleibt so netto mehr vom Lohn. Bisher erhalten berufstätige Eheleute entweder beide die Steuerklasse IV oder auf Antrag die Steuerklassen III (für die oder den Höherverdienenden) und V (für Geringerverdienende).

Das elektronische Lohnsteuerverfahren „ElsterLohn II“ ersetzt künftig die Lohnsteuerkarte aus Papier. Die Beschäftigten brauchen sich nicht mehr um Ausstellung und Weitergabe der Lohnsteuerkarte zu kümmern. Sie teilen dem Arbeitgeber nur einmalig die neue Steueridentifikationsnummer und das Geburtsdatum mit. Damit kann dieser die für die Lohnsteuer erforderlichen Daten beim Bundeszentralamt für Steuern in Bonn elektronisch abrufen. Das Lohnsteuerverfahren wird somit erheblich einfacher. Auch die Gemeinden werden stark entlastet. Weitere Änderungen des Jahressteuergesetzes sind etwa Verfahrensvereinfachungen bei den Rentenbezugsmitteilungen und die Umstellung der Kapitalertragsteuer-Anmeldung auf ein elektronisches Verfahren.

Bitte sorgfältiger arbeiten, Herr Landrat Köblitz *Pressemitteilung vom 12.09.07*

Kreis Calw. Renate Gradistanac weist den Vorhalt des Landrats zurück, wonach die Reform der Pflegeversicherung Städte und Landkreise teuer zu stehen kommen werde. Der Landrat, so die SPD-Bundestagsabgeordnete, rechne mit falschen Zahlen.

Landrat Hans-Werner Köblitz hatte in einem Brief an die Abgeordnete „erheblichen Mehrbelastungen“ beklagt. Diese Rechnung, so Renate Gradistanac in einem Brief an den Landrat, stimme nicht. Köblitz habe auf der Basis falscher Zahlen einer Modellrechnung des baden-württembergischen Sozialministeriums eine

falsche Hochrechnung erstellt. Entgegen dieser Zahlen, und damit anders als von Köblitz befürchtet, würden die stationären Sachleistungsbeträge in den Pflegestufen I und II nicht gesenkt, sondern blieben zunächst unverändert. „Die Pflegereform wird den Kreis Calw entlasten und nicht belasten“, schreibt Renate Gradistanac in einer Pressemitteilung und verweist auf die Koalitionsvereinbarung vom 19. Juni des Jahres. Der Landrat, so Gradistanac, möge „gerade bei so einem sensiblen Thema sorgfältiger arbeiten“, bevor er solche Hochrechnungen an einen Teil der Mitglieder des Kreistags weiterleite und damit öffentlich mache.

Das GmbH-Recht soll geändert und modernisiert werden

Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen, den der Deutsche Bundestag beraten hat, soll die weit über 100 Jahre alte Rechtsform der GmbH grundlegend modernisiert werden.

Ziel ist es, diese Rechtsform im Wettbewerb mit ausländischen Unternehmensformen attraktiver zu gestalten und Unternehmensgründungen nachhaltig zu erleichtern und zu beschleunigen. Hierfür soll vor allem das zur Gründung notwendige Stammkapital von 25.000 auf 10.000 Euro abgesenkt werden. Zusätzlich ist eine haftungsbeschränkte Unternehmergeellschaft ohne ein bestimmtes Mindeststammkapital vorgesehen. Diese Variante der GmbH bietet Erleichterungen für Firmengründer, ist wegen des

höheren Haftungsrisikos zum Schutz des Rechtsverkehrs aber besonders zu kennzeichnen. Die Unternehmensgründung soll durch die Abkopplung von verwaltungsrechtlichen Genehmigungen, zum Beispiel gewerberechtlichen Erlaubnissen, erleichtert werden. Über den künftig nur noch elektronisch einzureichenden Gründungsantrag soll „unverzüglich“ entschieden werden. Geplant ist auch ein Mustergesellschaftsvertrag für einfache GmbH-Gründungen, bei denen die notarielle Beurkundung nicht mehr nötig sein wird. Der Missbrauch der Rechtsform der GmbH im Zusammenhang mit Unternehmensinsolvenzen durch sogenannte „Unternehmensbestatter“ soll durch entsprechende Änderungen im GmbH-Recht ebenfalls eingedämmt werden.

HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria werden stärker bekämpft

Der Bundestag hat den Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und SPD „Maßnahmen zur Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria stärken“ beschlossen.

Damit begrüßt der Bundestag, dass im Rahmen der deutschen G8-Präsidentschaft der Kampf gegen die drei Krankheiten ein Thema von besonders hoher Bedeutung ist. Ziel ist, die Bekämpfung der behandelbaren Infektionskrankheiten über national und international abgestimmte und geförderte Maßnahmen zu stärken. In Heiligendamm haben sich die G8-Staaten verpflichtet, 44 Milliarden Euro für die Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria in den nächsten Jahren

zur Verfügung zu stellen. An diesen Krankheiten sterben in den Entwicklungsländern jedes Jahr sechs Millionen Menschen. Vom 26. bis 28. September findet in Berlin die sogenannte Wiederauffüllungskonferenz („Replenishment“) des von den G8-Staaten initiierten Global Funds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) statt.

Die Koalitionsfraktionen haben sich mit ihrem Antrag dafür eingesetzt, die HIV/Aids-Bekämpfung besonders auf den Schutz der Frauen auszurichten, die Gesundheitssysteme in den betroffenen Ländern zu fördern und die Finanzierung im Kampf gegen die bedrohlichsten Krankheiten zu stärken.

Die Bundespolizei soll neu organisiert werden

Der Bundestag hat zwei Gesetzentwürfe der Bundesregierung zur Änderung des Bundespolizeigesetzes beraten: Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundespolizeigesetzes und den Entwurf zur Änderung des Bundespolizeigesetzes und anderer Gesetze.

Das Bundespolizeigesetz soll zur Umsetzung einer entsprechenden europäischen Richtlinie dahingehend geändert werden, dass Luftfahrtunternehmen auf Anfrage der Grenzschutzbehörden bei Flügen aus Drittstaaten in EU-Mitgliedstaaten bestimmte Passagierdaten elektronisch vorab an diese übermitteln müssen. Hierdurch soll eine gründlichere und zügigere Kontrolle der Passagiere möglich werden. Die

Einreisekontrolle wird so verbessert und illegale Einwanderung soll so effektiver bekämpft werden. Die Bundespolizei soll des Weiteren neu organisiert werden. Die Aufgaben oder Befugnisse der Bundespolizei werden durch diesen Gesetzentwurf nicht verändert. Vorgesehen ist, dass die bisherigen Mittelbehörden in einer einzigen Oberbehörde der Bundespolizei zusammengefasst und die bisher 19 Bundespolizeiamter in Bundespolizeidirektionen zusammengeführt werden. Die Flächenpräsenz soll weiterhin gewährt sein. Ändern wird sich die Bezeichnungen einzelner Behörden: Statt mehrerer Bundespolizeipräsidien und einer Bundespolizeidirektion soll es ein Präsidium und mehrere Direktionen geben. Bundespolizeiamter wird es nicht mehr geben.

Mehr „Blaue Engel“ für Handys

Pressemitteilung vom 13.09.07

Gradistanac: Hersteller boykottieren das Umweltsiegel für strahlungsarme Mobiltelefone

Als „wichtigen Schritt zu mehr Transparenz“ begrüßt Renate Gradistanac die Auszeichnung des ersten strahlungsarmen Handys für Kinder mit dem Umweltsiegel „Blauer Engel“.

Die stellvertretende kinder- und jugendpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion forderte die übrigen Mobilfunk-Hersteller auf, es dem Münchner Unternehmen Kandy Mobile gleichzutun und strahlungsarme Geräte endlich zu kennzeichnen. „Angesichts möglicher Gesundheitsrisiken müssen besonders Eltern Bescheid wissen, wie stark die elektromagnetische Strahlung bei Handys ist“, so Gradistanac. Die Aufklärung über derlei Gefahren und der Abbau von Umweltbelastungen sei politischer Auftrag und Teil des von der Bundesregierung aufgelegten Nationalen Aktionsplans für ein kindergerechtes Deutschland.

Der „Blaue Engel“ kann bereits seit 2002 für die Handy-Kennzeichnung vergeben werden. Die großen Handy-Hersteller scheuten sich allerdings

bislang, das Siegel zu verwenden, weil sie befürchteten, im Umkehrschluss könnten alle nicht ausgezeichneten Handys als gesundheitsschädigend gelten. Gradistanac: „Diese Boykothaltung führt dazu, dass Mobiltelefone, die ebenso strahlungsarm sind, leider ungekennzeichnet bleiben.“

Das prämierte Handy gilt als „besonders strahlungsarm“: Mit einem maximalen Strahlungswert von 0,59 Watt pro Kilogramm (W/kg) liegt es deutlich unter der vom Gesetzgeber vorgeschriebenen maximalen zulässigen Wert von 2,0 W/kg und unterschreitet auch den vom Bundesamt für Strahlenschutz empfohlenen Wert von 0,6 W/kg.

So lange die Geräte nicht gekennzeichnet sind, bleibt Verbraucherinnen und Verbrauchern das Internet: Die Strahlungsabsorptionsrate (SAR) eines Handys kann unter www.handywerte.de sowie www.bfs.de/elektro/oekolabel.html ermittelt werden.

Termine - Termine Termine Termine

Landesgruppe vor Ort

Montag, 15. Oktober, 13 bis 14.30 Uhr

Lothar Binding MdB, Fachgespräch/Firmenbesuch, Fischerwerke Waldachtal-Tumlingen

15.30 bis 17 Uhr Lothar Binding MdB, Fachgespräch/IHK-Geschäftsstelle Nagold

Dienstag, 16. Oktober, 10.30 bis 12 Uhr

Katja Mast MdB, Besuch der Agentur für Arbeit, Nagold

19 bis 21 Uhr Lothar Mark MdB, Empfang im SPD-Bürgerbüro Nagold

Mittwoch, 17. Oktober, 10.30 bis 12 Uhr

Hilde Mattheis MdB, Fachgespräch im Alten- und Pflegeheim Auerhahn, Reinerzau

13 bis 14.30 Uhr Hilde Mattheis MdB, Fachgespräch im Alten- und Pflegeheim Wildberg

Tourismusdialog Baiersbronn

Donnerstag, 18. Oktober, 13 bis 17 Uhr, Rosensaal, Barrierefreiheit in Baiersbronn

Termine - Termine Termine Termine

Telefonzeiten:

SPD-Büro Nagold

Montag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr

Büro Berlin

Montag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr

Montag bis Donnerstag von 13 bis 17 Uhr

Dringende Nachrichten bitte auf den Anrufbeantworter – wir rufen zurück!

Büroleitung:

Sybille Thomas, Berlin

Homepage

Die „Berliner Nachrichten“ stehen auch auf meiner Homepage:

www.bundestag.de/~renate.gradistanac

Impressum

Renate Gradistanac MdB (V.i.S.d.P.)

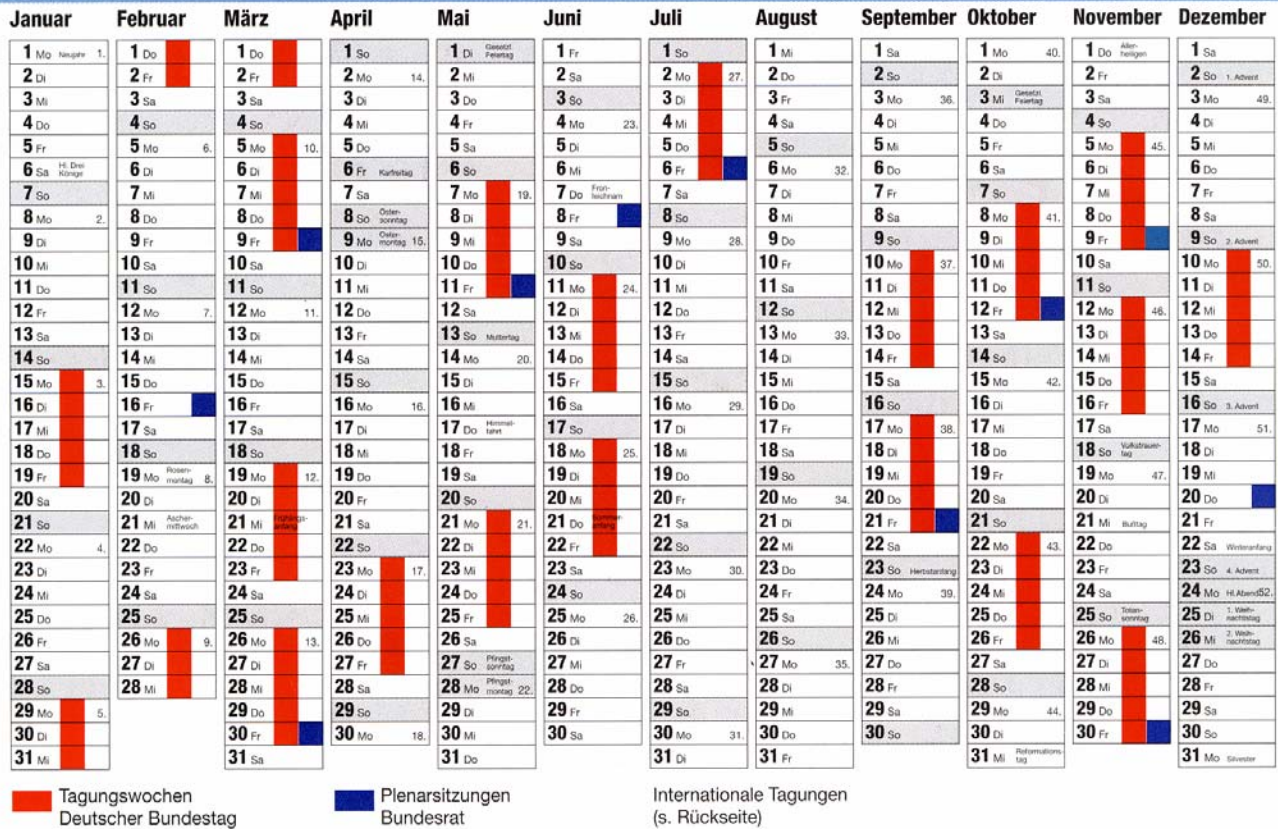
Deutscher Bundestag

11011 Berlin

Tel. (030) 227-73718

Fax (030) 227-76718

renate.gradistanac@bundestag.de



Die „Berliner Nachrichten“ im Abo: monatlich, aktuell, gratis, per E-Mail

Liebe Freundinnen und Freunde,

in den „Berliner Nachrichten“ gebe ich einen Überblick auf die Bundespolitik.

Hier steht und wird erklärt, was nicht in der Zeitung steht. Wenn Sie noch nicht Abonnent/in sein sollten, schicken Sie bitte eine E-Mail an renate.gradistanac@bundestag.de oder faxen Sie untenstehende Liste mit Ihrer E-Mail-Adresse an 030-227-76718

Ihre Renate Gradistanac MdB

Vorname	Name	E-Mail-Adresse